

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Technik der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 25. Juni 2020
im Burghof, Herrenstraße 5, Lörrach

Anwesend: Bürgermeisterin Monika Neuhöfer-Avdíć als Vorsitzende

Stadträte/innen: Bachmann-Ade vertritt Stadträtin Schumacher
Berg, Böhler, Cyperrek,
Denzer
Escher
Glattacker
Kirchner, Koch, Koesler, Lindemer
Rufer, Salach, C.
Kurfeß vertritt Stadträtin Salach, L.
Vogel
Wernthaler (bis 20.15 Uhr)

Entschuldigt: Stadträtinnen Salach, L. und Schumacher

Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Haasis
Fachbereichsleiter Welz
Frau Bördner (bis 21.15 Uhr)
Frau Dahms
Frau Schnacke-Fürst (bis 20.30 Uhr)
Herr Riesterer (bis 20.25 Uhr)
Frau Heinze

Urkundspersonen: Stadträtin Cyperrek und Stadtrat Escher

Schriftführung: Frau Dietsche

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 21.55 Uhr

TOP 1

„Nördlich Engelplatz“ - Information zum Sachstand

Vorlage: 030/2020

Die Vorsitzende freut sich, dass die folgenden Gremiensitzungen im Burghof stattfinden können und begrüßt zum ersten Tagesordnungspunkt alle Anwesenden.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemeinsam zu beraten und danach getrennt abzustimmen. Die Gremienmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Fachbereichsleiter Haasis stellt anhand einer Präsentation die bisherige Entwicklung, den aktuellen Sachstand und das weitere Vorgehen zum Projekt „Nördlich Engelplatz“ vor (Anlage 1).

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Architekt Bächle vom Büro bächlemeid, Konstanz, der anhand einer Präsentation das Bauprojekt im Detail - inklusive der geplanten Tiefgarage - darstellt (Anlage 2). Er erläutert, dass die Abstandsflächen eingehalten würden und das geplante 14-stöckige Hochhaus beim Engelplatz das prominenteste Element der Planung darstelle.

Fachbereichsleiter Haasis informiert anhand einer Präsentation zur Aufwertung des Engelplatzes (Anlage 3). Ein wichtiger Baustein für das Schaffen von mehr Aufenthaltsqualität am Engelplatz ist der teilweise Wegfall der oberirdischen Parkplätze. Hierfür sind 24 öffentliche Tiefgaragenplätze geplant.

Die Vorsitzende erläutert, dass der aktuelle Sachstand die Grundlage für das Bebauungsplanverfahren bilde.

Die Vorsitzende erteilt Herrn Kurt Spittler aus der Einwohnerschaft das Wort. Er äußert sich kritisch zur Lage der geplanten Ein- und Ausfahrt der Tiefgarage zur Wallbrunnstraße, dem Wegfall von 12 „Lehrerparkplätzen“, die aus seiner Sicht der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen sollten, und generell zur Verteilung der Tiefgaragenplätze im Stadtgebiet.

Stadträtin Kurfeß dankt der Firma Vuković, die auf die Stadt zugekommen sei und den städtebaulichen Wettbewerb finanziert habe. Die Wettbewerbe hätten ein gutes Ergebnis erzielt, die Gebäude würden sich in die Topografie einfügen, von einem Einfügen könne man beim Baukörper des Hochhauses zwar nicht sprechen, er könne jedoch eine gute Zäsur schaffen und als Eingangstor zur Innenstadt betrachtet werden. Trotzdem solle man sich nochmals die Frage stellen, ob man das Hochhaus wolle. Insgesamt könne hier ein schöner neuer Stadtteil mit zentral gelegenen Wohnungen entstehen.

Stadtrat Wernthaler berichtet zur Historie des Engelplatzes und leitet dazu über, dass der Engelplatz wieder zu einem Quartierstreffpunkt werden könne. Es sollten

Aufenthaltsräume entstehen, die wieder zu öffentlichem Leben auf den Plätzen einladen würden.

Stadtrat Escher sieht die Entwurfsplanung doch etwas kritischer. Er bittet um eine Verschattungsstudie, insbesondere solle die Verschattung der Umgebung durch das Hochhaus für ca. 6-8 Tageszeiten dargestellt werden. Weiter habe er Fragen zur Erschließung und Müllentsorgung der hinteren Gebäude über die Tiefgarage. Er bedauere den Wegfall von oberirdischen Stellplätzen. Er bittet zu bedenken, dass Tiefgaragenplätze generell nicht so gerne angefahren würden, ebenso weist er darauf hin, dass die Stadt im Hinblick auf die Tiefgarage am Markt bei vertraglichen Konstrukten mit privaten Eigentümern schlechte Erfahrungen gemacht habe.

Stadträtin Rufer berichtet, dass der Engelplatz jetzt schon alles zum Leben biete, nun bestünde die Chance, mehr nicht kommerzielle Aufenthaltsqualität etwa mit der Gestaltung von Brunnen zu schaffen. Sie würdige das Wettbewerbsverfahren und befürworte die öffentlichen Tiefgaragenplätze. Sie fragt, ob sich das Hochhaus einfügen werde und bittet um Argumente, die für den Standort des Hochhauses sprechen würden und ebenso um eine Verschattungsstudie. Weiter interessiere sie, für welche Zielgruppen die Wohneinheiten geplant seien und nach welchen Energiestandards gebaut würde.

Stadtrat Denzer nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis, beim Hochhaus möchte er wissen, ob an der Westfassade ein Rücksprung geplant sei. Er sehe den Wegfall der oberirdischen Parkplätze kritisch, diesen Fehler habe man bereits beim Conrad-Areal begangen.

Stadtrat Koesler dankt Architekt Bächle für seine Arbeit. Er finde die Verlagerung der Stellplätze in die Tiefgarage gut, da bisher Autos die Plätze dominierten. Er wünsche ebenso eine Verschattungsstudie insbesondere zum Gebiet Hünerberg hin. Als Alternative zum Hochhaus schlage er zwei Gebäude mit mittlerer Höhe vor, das rechts stehende Gebäude könnte erhöht werden. Überhaupt sollte bei der Gestaltung des Platzes beachtet werden, dass der fließende Verkehr in Richtung Autobahn weiter bestehen werde. Außerdem könne er sich eine Bebauung der „Gärten“ östlich der Häuserreihe an der Bergstraße kaum vorstellen.

Die Vorsitzende informiert, dass die 12 Lehrerparkplätze vermietet seien.

Fachbereichsleiter Haasis erklärt, dass eine 3-D-Schattenstudie erstellt würde und im weiteren Verfahren gezeigt werde. Ein Einfügen des Hochhauses gemäß § 34 BauGB bestehe nicht, da es in der Höhe den Rahmen der umgebenden Bebauung überschreite. Deshalb müsse erst eine planungsrechtliche Grundlage über einen Bebauungsplan erstellt werden, der in seiner Begründung dezidiert auf das hohe Gebäude eingehen müsse. Der Standort am Engelplatz erfülle jedoch die städtebaulichen Kriterien für den Bau eines Hochpunktes, die bereits in der Studie zur gesamtstädtischen Potentialanalyse aus dem Jahr 2017 genannt werden. Insbesondere bilde das Gebäude einen identitätsstiftenden markanten Stadteingang östlich der Bahnlinie und verfüge am Engelplatz über einen ausreichenden öffentlichen Freiraum im direkten Umfeld. Weiter

sprache für das Hochhaus, dass es maßgeblich zu einem Plus von ca. 20 Wohneinheiten durch die Nachverdichtungsmaßnahmen beitrage. Die Höhe liege bei ca. 40 Metern, Rathaus und Hotel Steigenberger seien im Vergleich hierzu ca. 60-70 Meter hoch.

Die Vorsitzende greift den Vorschlag von Stadtrat Koesler auf, dies würde 2 Gebäude mit je 7 Stockwerken bedeuten. Ein Impuls des Gestaltungsbeirates sei gewesen, dass das Hochhaus den Eingang in die Stadt markieren könne, wobei freie Bereiche vor hohen Gebäuden wichtig seien.

Architekt Bächle führt aus, dass es für die Wohnungen keine bestimmten Zielgruppen gebe, jedoch entstünden seiner Einschätzung nach keine Wohnungen im niedrigen Preissegment.

Die Vorsitzende geht darauf ein, dass man bei den Verhandlungen zu den Tiefgaragenstellplätzen aus den Erfahrungen bei der Tiefgarage am Markt gelernt habe, weiter werde die Angelegenheit endgültig bei der Entwurfsplanung im Detail geprüft.

Architekt Bächle informiert, dass es eine zentrale Müllentsorgungsstelle im vorderen Bereich der Tiefgarage zur Wallbrunnstraße hin gebe, die Müllentsorgung würde auch für die im hinteren Bereich gelegenen Wohnungen gut organisiert sein, erklärt er zur Nachfrage von Stadträtin Bachmann-Ade. Weiter könnten Rettungswagen und Feuerwehr über die private Erschließungsgasse ins Wohngebiet zufahren. Die notwendige Infrastruktur sei in die Planungen miteinbezogen worden. Ein Energiekonzept gebe es noch nicht. Weiterhin könnten an den rückwärtigen Flächen östlich der Bebauung Bergstraße Einfamilienhäuser mit ca. 170 qm entstehen.

Die Vorsitzende spricht zum Thema der Beheizung die Möglichkeit zu einem Blockheizkraftwerk an.

Architekt Bächle erläutert, dass es in der Tiefgarage z.B. bei einem brennenden PKW brandschutzrechtliche Vorkehrungen wie etwa Brandabschnitte gebe. Weiter habe man auf eine Tiefgaragenzufahrt an der Bergstraße aufgrund der eingeschränkten Sicht verzichtet. Abschließend bemerkt er, dass er grundsätzlich das Bauen mit Holz gut finde.

Danach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig mit vier Enthaltungen der Beschlussfassung zu:

Das Ergebnis der 2. Stufe des Architektenwettbewerbs für das Gebiet „Nördlich Engelplatz“ und die weitere Überarbeitung für die Grundstücke der Fa. Vucović auf Grundlage der Empfehlung des Preisgerichtes und in Begleitung des Gestaltungsbeirates werden zur Kenntnis genommen. Ebenso wird die Planung für das Grundstück der Fa. Lasser zur Kenntnis genommen. Die Planungen sollen Grundlage des Bebauungsplanes „Nördlich Engelplatz“ werden.

TOP 2

Aufwertung des Engelplatzes

Option öffentliche Stellplätze in eine Quartierstiefgarage zu verlegen

Vorlage: 029/2020

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt einstimmig mit einer Enthaltung der Beschlussfassung zu.

Die Verwaltung wird im Sinne einer städtebaulichen Aufwertung und Stärkung des Engelplatzes beauftragt, mit den Stadtwerken Lörrach und der Fa. Vucović Erstellungs- und Betreibermodalitäten für öffentliche Stellplätze in der Quartierstiefgarage der Fa. Vucović auszuhandeln. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen sind erneut dem Gemeinderat vorzulegen.

TOP 3

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Am Stammbachgraben"

öffentlich-rechtlicher Vertrag und Ausgleichsmaßnahmen

Vorlage: 076/2020

Die Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadträtin Salach stellt Fragen zu den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in §1, 1.1 des Vertragsentwurfes zwischen dem Land-Baden Württemberg und der Stadt Lörrach.

Stadtrat Lindemer fragt ergänzend, wieso keine Magerwiese gewählt worden sei, da hierfür mehr Ökopunkte erlangt werden könnten.

Frau Bördner erklärt, dass für eine Magerwiese der schattige und feuchte Standort nicht passend sei. Da die Herstellung einer solchen Wiese nicht möglich sei, werde sie auch nicht von der Unteren Naturschutzbehörde als Ausgleichsmaßnahme anerkannt. Bei der von Stadträtin Salach angesprochenen Materialentsorgung handle es sich um keinen Ausgleich, diese Arbeiten würden im Zuge der Ausgleichsarbeiten miterledigt. Die Frage zum Zaun würde sich nicht mehr stellen, da der Hundesportplatz nach der Bebauung nicht mehr da sein werde.

Danach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig der Beschlussfassung zu.

Dem öffentlich-rechtlichen Vertrag wird zugestimmt.

TOP 4

Fahrradstrategie 2025+ - mündl. Bericht

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Riesterer vom Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit, der sogleich den Sachverhalt anhand einer Präsentation erläutert (Anlage 4).

Die Vorsitzende dankt für den guten Vortrag und veranschaulicht, dass die Fahrradstrategie als Teil der Fortschreibung des Stadtentwicklungs- und Verkehrskonzeptes zu verstehen sei.

Stadtrat Werntaler dankt für die gut dargestellte Strategie, auf die man lange gewartet habe. Im Vortrag könne er in vielen Punkten Übereinstimmung feststellen, wobei der grenzüberschreitende Fahrradverkehr nicht vernachlässigt werden dürfe. Er betont, dass die Fahrradwende ein wichtiger Baustein für das Erreichen der Klimaziele sei, aber auch für die Gesundheit wichtig sei und Spaß mache. Wie bei der Route West vorgestellt, müsse die Infrastruktur an mehr Radfahrer und an die deutlich schnelleren Möglichkeiten des Fahrradfahrens mit Pedelecs u.ä. angepasst werden, daher befürworte er auch eine separate Infrastruktur für die Fußgänger. Auch sei bei der Planung zu beachten, dass deutlich längere Strecken mit E-Bikes u.ä. zurückgelegt werden könnten.

Stadtrat Escher dankt für den „klasse“ Vortrag. Er kritisiert, dass kein Büro für alle Verkehrsformen (motorisierter Verkehr, Fahrradfahrer und Fußgänger) beauftragt worden sei. Grundsätzlich hätte er sich frühzeitiger Informationen gewünscht, auch seien die Gremien in die Planung des Verlaufs der Routen nicht miteinbezogen worden. Zur Fahrradroute West merkt er an, dass eine Verbreiterung schwierig sei, da Geländestreifen entlang der jetzigen Strecke teilweise nicht bebaut werden dürften.

Stadträtin Cyperrek dankt im Namen der SPD-Fraktion, die Ziele seien gut herausgearbeitet worden und es gebe viele gute Gründe für die Fahrradstrategie. Sie möchte fragen, ob ausreichend finanzielle Mittel und Personal zur Umsetzung zur Verfügung stünden. Außerdem sollten fundamentale Maßnahmen, wie z.B. die S-Bahnquerungen beachtet werden. Im Vergleich zu anderen Städten wie etwa Konstanz seien die bisher ausgegebenen Mittel der Stadt Lörrach für den Radverkehr noch gering.

Stadtrat Lindemer befürwortet die Fahrradstrategie, da in Zukunft mit einer Steigerung des Radverkehrs zu rechnen sei. Er möchte wissen, ob die Lastenräder in die Strategie miteinbezogen seien und wie das Problem des Fahrraddiebstahls gelöst werden könne.

Stadtrat Koesler lobt die guten Vorschläge, er halte die Verbreiterung der bestehenden Radwege und das Erarbeiten guter Lösungen bei den Brücken für notwendig. Es sei darauf zu achten, dass das Konzept für alle Verkehrsteilnehmer des Langsamverkehrs, insbesondere auch für Kinder und ältere Personen stimmig sei.

Die Vorsitzende informiert weiter, dass die Lastenräder Teil der Fahrradstrategie seien. Um Fahrraddiebstahl vorzubeugen, seien sichere Abstellanlagen zu planen. Auch werde die Situation im Bereich der Schopfheimer Straße / Alte Straße (Bypass) geprüft.

Die Vorsitzende bekräftigt, dass sie die „Angst“ vor der Strategie nehmen wolle. Im Bezug zur finanziellen Belastung könne sie die Ansicht von Fachbereichsleiter Kleinmaggd weitergeben, dass der Radwegebau mit dem Straßenbau vergleichbar sei und ein ordentlicher Radweg die Straßen entlaste.

Stadtrat Escher findet die Fragen zur Neutralität ungenügend beantwortet. Weiter weist er auf eine Niederschrift vom 16.11.2017 hin, in dem eine strategische Mobilitätsplanung beauftragt worden sei. Daher solle erst der Mobilitätsplan angegangen werden und in das Gesamtkonzept der Radverkehr integriert werden. Er erkundige sich bei Fachbereichsleiter Dullisch, welche Plattform es gebe, in die man sich hierzu einbringen könne.

Stadtrat Böhler vertritt die gegenteilige Ansicht von Stadtrat Escher, der motorisierte Verkehr dominiere zu sehr, weiter sei es wichtig, nicht zu lange zu planen.

Die Vorsitzende verdeutlicht abschließend noch einmal, dass die Fahrradstrategie innerhalb des integrierten Stadtentwicklungs- und Verkehrsentwicklungskonzeptes entwickelt werde.

TOP 5

Zwischenstand: Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems - mündl. Bericht

Die Vorsitzende begrüßt Frau Dahms von Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung, die anhand einer Präsentation den Sachverhalt erläutert (Anlage 5).

Die Vorsitzende dankt für den guten Sachstandsbericht.

Stadtrat Lindemer vertritt die Ansicht, dass eine grenzüberschreitende Lösung sinnvoll sei. Weiter interessiere ihn, ob es eine Bedarfsanalyse gebe.

Stadtrat Böhler bittet darum, die Nutzungsakzeptanz in Biel und Freiburg zu erfragen.

Stadträtin Rufer macht den Vorschlag, die Möglichkeiten zur konkreten Verknüpfung mit anderen Mobilitätsformen zu prüfen.

Stadtrat Escher erkundigt sich, wie das schon vorhandene Fahrradleihsystem in Lörrach angenommen werde.

Stadtrat Koesler fände ein grenzüberschreitendes Fahrradleihsystem vorteilhaft und spricht sich für ein stationsgebundenes System aus.

Frau Dahms erklärt, dass Angaben zur Nutzungsakzeptanz und Ausleihzahlen von „follow me“ in Lörrach ergänzt würden. Zur Frage der Anbindung an den ÖPNV erläutert sie, dass für die Markterkundung, den angeschriebenen Firmen die Anforderungen aus dem Fraktionsantrag genannt worden seien (Ausstattung der 7 S-Bahnhaltepunkte sowie der einzelnen Quartiere).

Die Vorsitzende unterstreicht, dass der Bedarf in Lörrach sowie in Richtung Basel und Weil geprüft werde.

TOP 6

Ausweisung von Bäumen zu Naturdenkmalen

Vorlage: 045/2020

Die Vorsitzende begrüßt Frau Bördner vom Fachbereich Umwelt-und Klimaschutz, die anhand einer Präsentation zum Tagesordnungspunkt informiert (Anlage 6).

Stadträtin Salach bringt ihre Freude zum Ausdruck, dass der Antrag der Fraktion die Grünen bearbeitet worden sei. Die Sicherung des Schutzes der Bäume durch die Verordnung sei ökologisch, klimatisch und als Wohlfühlfaktor wichtig. Sie frage nach, ob es jeweils eine neue Verordnung brauche, damit weitere Bäume oder Naturdenkmale in Zukunft diesen Schutzstatus erhalten könnten oder ob neue schützenswerte Bäume an die bestehende Verordnung angefügt werden können. Abschließend danke sie für die gute Aufarbeitung.

Stadträtin Cyperrek findet es gut, dass die Stadt selbst Verordnungen erstellen könne. Die Vorbereitungszeit von 2 Jahren sei wohl der hohen Arbeitsbelastung des Fachbereichs geschuldet. Sie würde sich freuen, wenn interessierte Bürger sich weiterhin melden und Vorschläge unterbreiten würden.

Stadtrat Lindemer befürwortet ebenso, wenn ökologisch wertvolle Bäume auf diese Weise geschützt werden können. Er bitte um Erläuterung, wie damit umgegangen werde, wenn etwa an der Jurastraße im Bereich der geschützten Bäume Bauarbeiten durchgeführt werden, die die Bäume gefährden könnten.

Stadtrat Koesler fragt nach, ob die Linden am Lindenplatz in Tüllingen geschützt werden könnten und ob die Liste innerhalb der Verordnung offen für weitere schützenswerte Bäume bleibe oder eine neue Verordnung geschlossen werden müsse.

Frau Bördner erläutert, dass neue Bäume gemeldet werden können und danach werde geprüft, ob es sich um besonders schützenswerte Exemplare handele; es werde bis zur

Sitzung des Gemeinderates darüber informiert, ob zur Aufnahme weiterer Bäume eine Fortschreibung der Verordnung möglich sei.

Frau Bördner antwortet zur Frage von Stadtrat Lindemer, dass der Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit in Abstimmung mit dem Eigenbetrieb Stadtgrün die Gefährdung prüfen werde. Da im Wurzelbereich keine Grabarbeiten durchgeführt werden dürften, müsste die Planung und Ausführung an diese Vorgabe angepasst werden.

Stadträtin Salach fügt an, dass hierfür Zuschüsse bei besonders kostenintensiven Arbeiten beantragt werden könnten. Weiter würden die geschützten Bäume wie Biotope und Naturschutzgebiete in ein Verzeichnis eingetragen und es wäre sinnvoll, die Naturdenkmale mit Schildern zu versehen.

Danach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig der Beschlussfassung zu.

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Blutbuche im Aichele Park, die Sommer- und Winterlinde im Juraweg sowie zwei Traubeneichen am Suhleckweg als Naturdenkmale auszuweisen.
2. Der Gemeinderat stimmt dem Inhalt der Verordnung der Stadt Lörrach zum Schutz von Naturdenkmälern auf Lörracher Gemarkung zu.

TOP 7

Keine Schottergärten im Stadtgebiet Lörrach - Antrag der Fraktion Bündnis 90/ die Grünen vom 15.07.2019

Vorlage: 044/2020

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadträtin Salach dankt für die selbsterklärende Beschlussvorlage, hier würde ein Anfang gemacht. Sie finde es zwar unbefriedigend, dass bestehende Schottergärten nicht in die Beschlussvorlage aufgenommen worden seien und eine Kontrolle seitens der Verwaltung nicht umfassend gewährleistet werden könne. Dennoch bedanke sie sich bei der Stadt Lörrach. Weiter rege sie an, dass ebenso die städtischen Flächen auf bestehende Schotterflächen hin überprüft werden sollten.

Stadtrat Escher würde aufgrund des Bestandsschutzes von einem Verbot für Schottergärten bei Altfällen abraten, auch sei ihm gar nicht bekannt, dass es so viele Schottergärten in Lörrach gebe.

Stadträtin Cyperrek fände es zwar grundsätzlich gut, wenn durch Aufklärung und Werbung die Anzahl der Schottergärten verringert werden könne, dies funktioniere jedoch nicht immer, daher halte sie Verbote aufgrund von objektiven Kriterien manchmal

für notwendig. Zusätzlich halte sie es für sinnvoll, einen Rückbau einzufordern, wenn im Bebauungsplan eine entsprechende Regelung festgesetzt sei. Grundsätzlich sollte bei Bestandsschottergärten die Möglichkeit von Anschreiben geprüft und weiterhin nach Kontrollmöglichkeiten gesucht werden.

Stadtrat Vogel vertritt die Ansicht, dass im Allgemeinen -beispielhaft nennt er das Zurückschneiden von Gehölzen- nicht so viel reglementiert werden solle. Oft sei auch die Kostenersparnis bzw. der geringere Pflegeaufwand ursächlich für die Entscheidung zu einem Schottergarten.

Stadtrat Denzer bekräftigt, dass er die Aufklärung wichtiger als die Kontrolle erachte. Erst solle definiert werden, was ein Schottergarten ist; ebenso sei es sinnvoll, die Fläche im Verhältnis zur Grundstücksgröße zu betrachten. Weiterhin empfehle er die Gartenbaubetriebe in den Fokus zu nehmen, die gerne hierfür werben würden.

Stadtrat Koesler schließt sich der Argumentation seines Vorredners an, er wirbt außerdem um Verständnis für ältere Personen.

Die Vorsitzende stellt fest, dass der Begriff Schottergarten beim nächsten anstehenden Bebauungsplan näher zu definieren sei und grundsätzlich zum Thema aufgeklärt werden solle. Weiterhin müssten die relevanten Gartenbaufirmen in die Aufklärungsarbeit miteinbezogen werden. Bei den Bestandsgärten halte sie das motivierende Unterstützen für wichtig, sie mache hier bereits auf den Mitmachplan aufmerksam, der mit neuen Inputs in den Gremien vorgestellt werde. Die Stadt betreibt seit Jahren die Umwandlung von städtischen Schotterflächen.

Stadträtin Salach betont, dass nach §9 Abs. 1 der Landesbauverordnung die Grünflächen eine belebte Bodenschicht haben müssten, dies werde bei den Schottergärten durch eine abdichtende Plastikfolie verhindert.

Frau Bördner erläutert, dass in § 9 LBO Spielraum für die Anlage bautechnisch notwendiger Elemente wie der Spritzschutz an Traufstreifen oder ähnlichem eingeräumt werde und dass nicht sämtliche Schotterflächen, sondern nur größere Flächen verboten werden sollten.

Stadtrat Denzer bemerkt hierzu, dass es ebenso wasserdurchlässige Schotterflächen gebe.

Die Vorsitzende verdeutlicht, dass die Bestimmungen nur für neue Bebauungspläne gelten sollen.

Stadtrat Escher merkt an, dass er die Vorlage für zu unbestimmt halte.

Frau Bördner meint, dass die Novelle zum Naturschutzgesetz ein Verbot von Schottergärten zum Ziel habe.

Danach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik mehrheitlich mit drei Gegenstimmen und einer Enthaltung der Beschlussfassung zu.

1. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, in zukünftigen Bebauungsplänen Festsetzungen zu treffen, wonach Schottergärten unzulässig sind.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, beim Verkauf von städtischen Baugrundstücken den Käufern zukünftig zur Auflage zu machen, dass sie auf die Anlage von Schottergärten oder Vergleichbarem verzichten müssen.

TOP 8

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

8.1

Fachbereichsleiter Dullisch berichtet anhand einer Präsentation zur Erweiterung der Fußgängerzone Basler Straße (Anlage 7).

Stadträtin Cyperrek macht deutlich, dass sie über das Ergebnis der Präsentation froh sei und viele Fragen beantwortet werden konnten. Es sei auf frühzeitige Informationen und Transparenz für die Gemeinderäte im Bezug zu den Tiefgaragenzufahrten, dem Busverkehr und dem Pollerkonzept zu achten.

8.2

Fachbereichsleiterin Buchauer informiert anhand einer Präsentation zu den Sanierungsmaßnahmen an städtischen Schulen und Hallen (Anlage 8).

Die Vorsitzende merkt beim Thema der Umleitung der bodenführenden Wasserschichten an der Eichendorfschule an, dass die Stadt derzeit Regressforderungen prüfe.

TOP 9

Allgemeine Anfragen

9.1

Stadträtin Kurfeß stellt im Namen der Fraktion die GRÜNEN einen Antrag zu einem Neubauvorhaben der Eberle-Stiftung gegenüber dem Stettener Bahnhof (Anlage 9). Sie kritisiert, dass der Ausschuss bzw. Gemeinderat über dieses große Vorhaben nicht im Vorfeld informiert worden sei und hiervon aus der Presse erfahren musste.

Die Vorsitzende informiert, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik zum Zollquartier einschließlich der Vorhaben und Veränderungen in diesem Bereich berichtet werde.

9.2

Stadträtin Cyperrek äußert sich besorgt zur Innenstadtentwicklung, es sei eine Zunahme an Nagelstudios sowie Imbissen und Shishabars mit einem teilweise unansehnlichen Umfeld zu beobachten. Sie wolle wissen, wie die Verwaltung die Entwicklung beurteile, ob eine weitere Zunahme zu befürchten sei und inwieweit die Verwaltung Möglichkeiten habe, die Entwicklung zu steuern.

Die Vorsitzende erläutert, dass die Verwaltung die Entwicklung ebenso nicht für gut halte, bei den Nagelstudios gebe es jedoch keine rechtliche Handhabe. Eine detaillierte Beantwortung in den Gremien werde mit der Wirtschaftsförderung abgestimmt.

9.3

Stadträtin Salach fragt nach, warum der Brunnen am Senigallia-Platz noch nicht laufen würde.

Die Vorsitzende informiert, dass Anfang Juli 6 von 7 Laufbrunnen in der Innenstadt und das Wasserspiel beim Hebelpark wieder angestellt würden.

9.4

Stadtrat Escher erkundigt sich, wann das „Emma-Brünnle“ in Stetten wieder angeschlossen werde.

Die Vorsitzende teilt mit, dass dies vom Werkhof geprüft werde.

9.5

Stadtrat Escher bittet um die Prüfung straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen in Brombach u.a. zu Bodenmarkierungen. Besonders die Situation von Schopfheim kommend in Richtung Haldenweg sollte geprüft werden. Weiterhin sei die Fahrbeziehung für die ausgeschilderte Wegebeziehung über den Haldenweg und den danach folgenden Weg über die Hinterhöfe zu überprüfen. Im Kreuzungsbereich Alte Straße / Schopfheimer Straße sollte auch die Schleppkurve für die Nutzung durch LKW`s überprüft werden.

Stadtrat Vogel unterstützt die Überprüfung insbesondere im Verkehrsbereich bei der Alten Straße, hier bitte er darum, mit den ansässigen Firmen mit LKW Verkehr zu sprechen.

Die Vorsitzende informiert, dass der Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit hierzu im Ortschaftsrat Brombach berichtet habe und von den Erfahrungen im Ausschuss für Umwelt und Technik berichten werde.

9.6

Stadtrat Escher spricht das 3. Gymnasium und die Schulentwicklung an, er bitte darum, dass die Familie Schöpflin bzgl. dem an die Brombacher Halle angrenzenden Grundstück und deren angedachten Nutzung im Gemeinderat berichten könne, evtl. um ergänzende Ziele direkt erfragen zu können.

Die Vorsitzende erklärt, dass ein Gespräch mit der Schöpflin-Stiftung abgestimmt und eine nochmalige Darstellung im Gemeinderat angefragt werden könne.

9.7

Stadtrat Escher bittet, einen möglichen Einbahnverkehr an der Ost-Westlinie neben der S-Bahn zu prüfen.

9.8

Stadtrat Escher fragt nach, wann die Büros für die Erstellung eines Verkehrskonzeptes vorgelegt würden.

Die Vorsitzende erläutert, dass dies im Rahmen des ISEK erfolge.

9.9

Stadtrat Vogel macht auf eine potentielle Unfallgefahrenquelle in Höhe der Ausfahrt des Betonwerks für in Richtung Lörrach fahrende Fahrradfahrer aufmerksam, hier sei mit Begegnungsverkehr von der linken Seite in Höhe des Betonwerks zu rechnen.

9.10

Stadtrat Vogel macht darauf aufmerksam, dass ein Gefahrenpotential durch eine Baustellenabspernung bzw. einen Absatz im Bereich Busbahnhof/neuen Halle Brombach bestehe und bittet um Prüfung.

9.11

Stadtrat Vogel bittet Probleme aufgrund des Zustandes des Fahrradweges beim Cafe Rosengarten wohlwollend mit dem Pächter durch den EB Werkhof Bereich Stadtgrün zu prüfen und zu klären. Er bitte um die direkte Klärung von Problemen mit dem Betreiber des Cafe Rosengarten; dies sollte nicht per Schriftwechsel erfolgen.

TOP 10

Offenlegungen

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

10.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 14. Mai 2020

10.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Stadtwerke am 14. Mai 2020

10.3

Niederschrift über das elektronische Umlaufverfahren des Ausschusses für Umwelt und Technik am 16. Juni 2020

10.4

Niederschrift über das elektronische Umlaufverfahren des Ausschusses für Umwelt und Technik am 24. Juni 2020

10.5

Stellungnahme des FB Stadtentwicklung und Stadtplanung auf Anfrage von Stadträtin Salach zum Sachstand des Bebauungsplans „Tumringen Nord“

10.6

Stellungnahme des FB Umwelt und Klimaschutz auf Anfrage von Stadträtin Salach zum Vorhaben „Unter einem Dach – Mitbewohner gesucht (Artenschutz am Haus)“

10.7

Stellungnahme FB Straßen/Verkehr/Sicherheit Antrag Fraktion DIE GRÜNEN 23.05.2019
Baumbeetpatenschaften

Zur Beurkundung

Die Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: